



Dr. Hans-Peter Friedrich
Ihr Bundestagsabgeordneter

Brief aus Berlin

Newsletter

Nr. 22 05.04.2019



Im Gespräch mit Teilnehmern des Internationalen Parlamentsstipendiums des Bundestages.

Liebe Leserinnen und Leser,

die in dieser Woche veröffentlichte Kriminalstatistik 2018 zeigt, die Zahl der Straftaten ist erneut gesunken. Sie zeigt aber auch: Unser seit Jahren verfolgter Ansatz, insbesondere mehr Stellen für die Polizei und härtere Strafen für Einbrecher, ist richtig. Als Union stehen wir auch weiterhin für Sicherheit und arbeiten daran, dass sich die aktuell gute Ausgangslage auch in Zukunft im persönlichen Sicherheitsempfinden wiederfindet

Ohne äußere Sicherheit ist auch innere Sicherheit wenig wert: Gestern hat sich die Gründung der NATO zum 70. Mal gejäht. Sie ist das erfolgreichste Verteidigungsbündnis, zu dessen Stärke wir in den letzten Jahrzehnten viel beigetragen haben. Die NATO wird auch künftig als System kollektiver Sicherheit für Deutschland unverzichtbar sein. Daher stehen wir als Unionsfraktion dazu, in einer unsicherer gewordenen Welt mehr in die äußere Sicherheit unseres Landes und damit in die Bundeswehr zu investieren. Einen entsprechenden Antrag haben wir dazu gestern im Bundestag beschlossen. Dieser ist eine Aufforderung an die Bundesregierung, sich zu den eingegangenen Verpflichtungen (u.a. Verteidigungsausgaben) zu bekennen, sowie den Zusammenhalt zwischen EU-Partnern und der NATO weiter zu verbessern.

Was in dieser Sitzungswoche sonst noch Thema war in Berlin, erfahren Sie auf den folgenden Seiten.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Ländliche Räume stärken
Starker Staat schützt vor Straftaten
Gerechte Chancen auf Bildung

2
3
4

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Ländliche Räume stärken

Die ländlichen Räume sind wichtige Kraftzentren unseres Landes. Sie prägen Deutschland. Mehr als die Hälfte der Deutschen lebt dort. Nirgendwo gibt es mehr Ehrenamt. Viele mittelständische „hidden champions“, also Weltmarktführer in ihrer jeweiligen Sparte, und technologieorientierte Zulieferer haben ihren Sitz auf dem Land - ca. 46 Prozent der Bruttowertschöpfung Deutschlands werden dort erwirtschaftet.

In dieser Woche haben wir im Bundestag einen Antrag der Großen Koalition beraten und beschlossen, in dem wir uns klar zu den ländlichen Räumen bekennen. Der Antrag „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten“ zeigt einmal mehr, dass es uns ernst damit ist, für gleiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu sorgen.

Wenn wir von gleichwertigen Lebensverhältnissen sprechen, dann geht es uns vor allem um die Bereiche medizinische Versorgung, Schulangebote, den öffentlichen Personennahverkehr, die Verkehrsinfrastruktur und natürlich die digitale Infrastruktur.

Für kleine und mittelständische Betriebe auf dem Land steht an Nummer eins die Infrastruktur – analog und digital, Straße und Glasfaser. Hier hat der Bund vorgelegt. Noch nie wurde so viel in Verkehrswege investiert. Und wir bekämpfen die digitale Spaltung: Insgesamt gehen 4,4 Milliarden Euro in den Breitbandausbau. Zuständig dafür sind eigentlich Länder und Kommunen. Diese müssen nun nachziehen.

Auch unsere Landwirte benötigen ein schnelles, verlässliches Internet. Denn Wirtschaftsmotor Nummer eins auf dem Land sind Land- und Forstwirtschaft. Wir als Bund haben darauf reagiert. Mit 60 Millionen Euro fördern wir digitale Experimentierfelder auf dem Land. Außerdem unterstützen wir StartUps und mit LandDigital digitale Initiativen auf dem Land. Denn wir wissen: Investitionen in das Land sind Investitionen in die Zukunft.

Doch fehlende oder schlecht geplante Mobilität ist eine Hürde. Dies betrifft den Verkehr genauso wie den Mobilfunk. Hier braucht es innovative Konzepte. Deshalb kämpfen wir für eine einheitliche Mobilfunkabdeckung in Stadt und Land. Dafür brauchen wir 2G, 3G, 4G und perspektivisch 5G im ganzen Land. Die Bundesnetzagentur hat auf unseren Druck hin bei der Versteigerung der 5G-Frequenzen nachgebessert.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die richtigen Rahmenbedingungen für das „gute Leben und Arbeiten auf dem Land“ schaffen. Unser Antrag ist daher Auftrag und Aufforderung an die Bundesregierung zugleich.



„Der gesellschaftliche Zusammenhalt, die Stabilität des ländlichen Raumes, ist phänomenal und verdient es, auch in der Zukunft gestärkt zu werden.“

[Hier](#) geht es zu meinem Video.



Starker Staat schützt vor Straftaten

In dieser Woche wurde die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) ([hier](#) abrufbar) für das Jahr 2018 vorgestellt. Der Rückgang der Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 3,6 Prozent auf rund 5,5 Millionen zeigt: Unser Staat ist stark und schützt. Engagierte Polizeibeamte schützen die Bürger vor Gewalt und leisten in Zusammenarbeit mit Justiz und Zoll einen großen Beitrag zur Aufklärung und Verhinderung von Straftaten. Erfreulich ist auch, dass die Zahl der gemeldeten Wohnungseinbrüche einen historischen Tiefstand erreicht hat (Rückgang um 16,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Das belegt die Wirksamkeit unserer Maßnahmen aus der letzten Legislaturperiode:

- Erhöhung der Mindeststrafe auf ein Jahr bei einem Einbruch in eine Privatwohnung.
- Zahlung von Zuschüssen für Einbruchsschutz
- Aufstockung von Polizeistellen

Trotz dieser Erfolge haben wir viel Arbeit vor uns. Wir wollen durch mehr Personal und eine bessere Ausstattung unserer Sicherheitsbehörden das Vertrauen in unseren Staat weiter stärken und dafür sorgen, dass die Kriminalität noch weiter zurückgeht.

Die **oberfränkische Kriminalstatistik 2018** ([hier](#) abrufbar) wurde bereits Mitte März veröffentlicht. Mit insgesamt 47.689 Straftaten (ohne die ausländerrechtlichen Fälle) ist ein Rückgang um 0,2 Prozent zu verzeichnen. Oberfranken ist nach wie vor ausgesprochen sicher und hat überdies im bayernweiten Vergleich die höchste Aufklärungsquote.

Informationsbesuch in Selb

Zu einem Informationsbesuch bei der Bundespolizei in Selb begrüßten der Leiter der Bundespolizeiinspektion Reiner Weber (ganz links) und ich den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesinnenminister Stephan Mayer, MdB, (zweiter von links) und den Präsidenten der Bundespolizeidirektion Karl-Heinz Blümel (zweiter von rechts).



In der Dienststelle in Selb hat man sich über den Besuch des Staatssekretärs sehr gefreut und ihm zum Dank einen Porzellanlöwen geschenkt, den ich ihm in Berlin überreicht habe.



Gerechte Chancen auf Bildung

Wir haben in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der geltenden BAföG-Sätze beraten, die zum Beginn des kommenden Schuljahres bzw. des Wintersemesters gelten sollen. Mit einer Anhebung der Einkommensfreibeträge in drei Stufen um insgesamt 16 Prozent ermöglichen wir die Förderung weiterer Studenten und Schüler. Für alle BAföG-Empfänger stellen wir mit der Erhöhung der Bedarfssätze in zwei Stufen 2019 und 2020 um insgesamt sieben Prozent mehr Unterstützung bereit. Auch der Wohnzuschlag für Studierende, die außerhalb der elterlichen Wohnung wohnen, steigt von bisher 250 auf künftig 325 Euro monatlich an. Mit den geplanten Maßnahmen heben wir den Höchstbetrag der Förderung um gut 17 Prozent von aktuell 735 Euro auf 861 Euro im Jahr 2020 an. Auch bei den Rückzahlungsmodalitäten sind einige Erleichterungen vorgesehen. Wir unterstreichen mit diesem Maßnahmenpaket unseren Anspruch, gerechte Chancen auf Bildung und Aufstieg für alle zu bieten.

Internationales Parlaments-Stipendium – Festigung von demokratischen Werten und Toleranz

Das Internationale Parlaments-Stipendium ist ein großartiges Programm des Deutschen Bundestages, das es jährlich rund 120 jungen Studenten aus 37 Ländern ermöglicht, den deutschen Parlamentarismus hautnah und aus erster Hand kennenzulernen.



Die Ziele des Programms sind:

- Beziehungen zwischen Deutschland und den Teilnehmerländern fördern
- Demokratische Werte und Toleranz festigen
- Verständnis für kulturelle Vielfalt vertiefen
- friedliches Zusammenleben in der Welt sichern

In einer Zeit, in der wir Brüche und Umbrüche erleben, ist ein solch verbindendes Programm, das demokratische Werte festigt und das Verständnis für kulturelle Vielfalt vertieft, einzigartig.

Herzlich Willkommen in meinem Abgeordnetenbüro in Berlin! Ferenc Szabó aus Ungarn wird im Rahmen seines Stipendiats mich und mein Team unterstützen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit in den nächsten Monaten und auf den Besuch in meinem Wahlkreis Hof/Wunsiedel.





Jüdisches Leben in Deutschland muss wieder sichtbarer werden



Jüdisches Leben in Deutschland muss wieder sichtbarer werden. Ein Element dazu ist der Einsatz von Militärrabbinern in der Bundeswehr. Dies ist ein Grund, warum ich es sehr begrüße, dass die Bundesverteidigungsministerin entschieden hat, dass es diesen Einsatz künftig geben soll. Die Bundeswehr soll Spiegel der Gesellschaft sein, in dem auch jüdisches Leben als Bestandteil unserer Gesellschaft, noch mehr sichtbar wird.

Podiumsdiskussion im Rahmen einer Konferenz des Zentralrats der Juden: „Vom Feldrabbiner zu einer jüdischen Militärgestaltlichkeit in der Bundeswehr“



Was macht eigentlich ein Bundestagsvizepräsident?

Mit dem Bundestagsabgeordneten Otto Fricke habe ich mich über meine Aufgaben als Bundestagsvizepräsident unterhalten. Es ging unter anderem darum, wer die Debattenzeiten festlegt, was passiert, wenn der Bundestagspräsident seinen Platz verlässt und ob ich den Rednern auch das Wort abschneiden darf.

Das ganze Gespräch ist [hier](#) abrufbar.

Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77493, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de, Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat